

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

21.3.1891 (No. 79)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 21. März.

№ 79.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 20. März.

Die zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn schwebenden Verhandlungen für den Abschluß eines Handelsvertrags sind einer Menge unrichtiger Kombinationen in der Presse ausgesetzt. Schon vor einigen Tagen sah die „Politische Korrespondenz“ sich veranlaßt, vor solchen Kombinationen zu warnen und die Thatsache festzustellen, daß trotz der vorhandenen Meinungs- und Interessenverschiedenheiten die Hoffnung auf einen Erfolg der Verhandlungen fortbesteht. Nun nimmt in der Angelegenheit auch der „Reichsanzeiger“ das Wort, um eine authentische Darstellung der Vorgeschichte jener Verhandlungen und der für die unterhandelnden Regierungen maßgebenden Erwägungen zu geben. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine längere Auslassung über die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich und will die maßgebenden allgemeinen Gesichtspunkte darlegen, zu deren Erkenntnis eine Klärung des über den Gang der Verhandlungen gebreiteten Schleiens nicht notwendig sei. Es wird zunächst eine Schilderung der früheren Vertragsverhältnisse von 1853 und 1865 gegeben, des Vertrags von 1879 gedacht und des auf gleicher Grundlage abgeschlossenen von 1881. Dann heißt es, der durch die beiden letztgenannten Verträge geschaffene Zustand sei von den vertragsschließenden Theilen von vornherein nur als ein provisorischer betrachtet worden. Man hegte auf beiden Seiten nicht die Absicht, für die Dauer auf die Fortsetzung des seit Jahrzehnten überkommenen engeren wirtschaftlichen Anschlusses zu verzichten. Trotz der sich mehr und mehr verbreitenden vertragsfreundlichen Stimmung hätte es aber vielleicht noch längere Zeit gedauert, bevor man beiderseits die Scheu vor den mit Tarifverhandlungen notwendig verbundenen Schwierigkeiten als überwunden betrachtete, wenn nicht das Hervortreten prohibitiver Tendenzen im Auslande, namentlich in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Rußland und in Frankreich, erneut und mit verstärktem Gewicht auf die Frage hingewiesen hätte, ob nicht durch einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Hauptmächte die ihren Exportinteressen bevorstehenden Schädigungen abgewendet oder doch gemildert werden könnten. Ein Ausweg aus der gemeinsamen Gefahr schien sich für Deutschland und Oesterreich-Ungarn in der Vereinbarung eines Tarifvertrags zu bieten. An das beiderseitige aufrichtige Bestreben, einen solchen zu Stande zu bringen, war von vornherein die Hoffnung geknüpft, daß derselbe zum Mittelpunkt für eine Reihe weiterer Tarifverträge mit andern Staaten werden würde, indem Deutschland sowohl, wie Oesterreich-Ungarn die einander gegenseitig gemachten Konzessionen auch andern Staaten gegen entsprechende Gegenbewilligung anbieten und diese Staaten dadurch veranlassen könnten, ihrerseits von einem Abschwenden in die Bahnen des extremen Schutzzolls Abstand zu nehmen. Auf diese Weise würde es ermöglicht, die allgemeine und vollständige Umwälzung der kommerziellen Beziehungen Europas zu verbinden und dem Export beider Reiche wenigstens einen Theil seines bisherigen Absatzgebietes zu erhalten. Diese Erwägungen führten dazu, daß die leitenden Staatsmänner Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bei ihrer Zusammenkunft in Rohnhof die Einleitung entsprechender Verhandlungen vereinbarten, und daß diese demnächst in Wien eröffnet wurden. Seitdem hat der Gang der Dinge die Wichtigkeit dieser Erwägungen nicht nur bestätigt, sondern gesteigert. Die Gefahr einer vollständigen Umwälzung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich nur noch intensiver gestaltet. Einer solchen Schlappe gegenüber, so sagt der „Reichsanzeiger“, darf erwartet werden, daß in beiden Reichen der Zeitpunkt der schwebenden Verhandlungen mehr und mehr von den beteiligten Kreisen gewürdigt und im Auge behalten werden wird. Gerade das Beispiel Frankreichs anlässlich der von ihm 1881 und 1882 geschlossenen Tarifverträge zeigt, wie sich an einen solchen Vertrag naturgemäß andere angliedern. Schon jetzt besteht kein Zweifel, daß z. B. die Schweiz bereit ist, auch ihrerseits in Tarifverhandlungen einzutreten. Bei andern Staaten ist sicher von vornherein die gleiche Geneigtheit vorhanden. Je größer aber der Kreis der sich in dieser Weise wirtschaftlich zusammenschließenden Staaten sein wird, desto mehr werden es die sich vorerst noch mehr zurückhaltenden Staaten in ihrem Interesse finden, sich nicht zu isoliren. Auch Frankreich würde schließlich kaum umhin können, sich den Nützlichkeiten der von den verschiedenen dritten europäischen Staaten einander, beziehungsweise an Deutschland gewährten Vertragstarife durch entsprechende Konzessionen zu sichern. In diesen Konsequenzen für die Gestaltung

der gesammten europäischen handelspolitischen Verhältnisse liegt, abgesehen von den auf dem Boden der allgemeinen Politik liegenden Motiven, die Hauptbedeutung des erhofften Ergebnisses der gegenwärtigen Vertragsverhandlungen.

Seit geraumer Zeit beschäftigen sich in Spanien Regierung, Parlament und Presse mit der Frage der Amnestie für die Emigranten, welche sich an republikanischen Erhebungen betheiligten. Grundfänglich ist die Regierung geneigt, volle Amnestie zu gewähren, wie dies die folgende Stelle der königlichen Botschaft, mit welcher die Cortes eröffnet wurden, beweist: „Die öffentliche Ruhe gestattet mir bereits, dem innigen Wunsche meines Vorgesetzten Folge zu geben und eine Amnestie für jene geringe Anzahl der gegenwärtig politischer Vergehen angeklagten Spanier in Aussicht zu stellen, ohne irgend andere, als die durch die militärische Disziplin gebotenen Einschränkungen aufzuerlegen.“ Gerade diese letztere Rücksicht weigern sich aber die im Exil lebenden Offiziere resp. ihr Wortführer, Herr Zorrilla, anzuerkennen. Zorrilla verlangt, daß diese Offiziere mit ihrem Rang reaktiviert und in die spanische Armee wieder eingereiht werden. An die Erfüllung dieser Forderung ist aber nicht zu denken. Es läge etwas an sich sehr Bedenkliches und für die gegenwärtig aktiven Offiziere sehr Kränkendes darin, wenn sie den Befehlen von Militärs unterstellt würden, welche ihren Eid gebrochen haben. Es geht allenfalls noch an, daß man darüber den Schleier der Bergessenheit breite und den ehemaligen politischen Verbrechern die Rückkehr in ihr Vaterland gestatte; aber daß ihnen neuerdings ein Wirkungskreis in dem Heere eingeräumt werde, wird der Regierung von Niemandem, der einen Begriff von dem Wesen der militärischen Disziplin hat, zugemuthet werden. Soldaten von solcher Vergangenheit dürfen, wie man allgemein betont, in ihrem Vaterland alles werden, nur nicht neuerdings Mitglieder der Armee oder gar Vorgesetzte von Truppenteilen. Es werden von mancher Seite Auskunftsmitel vorgeschlagen, durch welche man dem Standpunkt der Regierung sowohl, wie demjenigen der exilirten Offiziere gerecht werden könnte. So wird z. B. empfohlen, diese Offiziere bei ihrer Rückkehr in ihren Rang einzuführen, aber sofort außer Dienst zu stellen; ein anderer Vorschlag geht dahin, die Offiziere zu reaktiviren und auf den spanischen Kolonien in militärischer Eigenschaft oder in ihrem Rang entsprechenden Civilämtern zu verwenden. Was die Witwen und Waisen der im Exil gestorbenen Offiziere betrifft, so sollen denselben, wie man meint, auf Grund des Amnestieaktes entsprechende Pensionen zugewiesen werden. Es wird allgemein gewünscht, diese Angelegenheit endlich abgeschlossen zu sehen, woraus aber keineswegs gefolgert werden darf, daß sie einen Keim der Beunruhigung für die Regierung birge. Es handelt sich überhaupt im ganzen nur um etwa 20 Offiziere, die wohl die Lust am Berschwörerhandwerk schon längst verloren haben und deren etwaige Antriebe im Ausland nicht die geringste Besorgnis wegen der Sicherheit der gegenwärtigen Ordnung in Spanien zu erregen vermögen. Ueberdies müßte es ja gerade in dem Fall, wenn man diese Herren nicht für ungesährlich hielte, im Interesse der Regierung gelegen sein, ihnen die Thore Spaniens zu öffnen, wo die Möglichkeit einer unmittelbaren Ueberwachung geboten ist. Wenn nun die Amnestie bisher doch noch nicht zur Thatsache geworden ist, so liegt die Ursache einzig in der oben erwähnten, schlechterdings als unerfüllbar angesehenen Forderung der exilirten Offiziere. Die Unterhandlungen, welche der bekannte parlamentarische Parteiführer Martos angeblich mit Ruiz Zorrilla führen soll, sind denn auch nicht von der Regierung veranlaßt; er thut dies vielmehr völlig aus eigenen Stücken.

Deutschland.

Berlin, 19. März. Heute arbeitete Seine Majestät der Kaiser zunächst in den frühen Morgenstunden längere Zeit allein und begab sich darauf nach Kammersdorf, um im Laufe des Vormittags auf dem Schießplatz den daselbst stattfindenden großen Schießübungen beizuwohnen. Während der Fahrt nach Kammersdorf war der Chef des Militärkabinetts zum Vortrag befohlen worden. Im Laufe des Nachmittags kehrte Seine Majestät nach Berlin zurück.

Seine königliche Hoheit der Großherzog von Baden stattete am heutigen Vormittag dem italienischen Botschafter am hiesigen Hof, Grafen de Launay, einen Besuch ab. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin unternahm Vormittags eine Ausfahrt, besuchte das Augusta-Hospital und stattete später der Fürstin Mathilde Radzwill einen Besuch ab. Gestern Nachmittag war die

Großherzogin im Elisabeth-Krankenhaus anwesend und um 4 1/2 Uhr begaben sich der Großherzog und die Frau Großherzogin zum Besuch Ihrer Majestät der Kaiserin in's Schloß. Am Abend sahen die Großherzoglichen Herrschaften den Erbgroßherzog von Baden, den badischen Gesandten Geh. Rath v. Trauer und den Staatsminister v. Boetticher, sowie einige andere Persönlichkeiten als Gäste bei sich zum Thee.

Der neue Kultusminister Graf Jedlig-Trübtschler ließ sich heute Mittag die Direktoren und Räte seines Ministeriums vorstellen. Er begrüßte dieselben mit einer herzlichen Ansprache, welche an die biblischen Worte anknüpfte: „Den Aufrichtigen läßt es der Herr gelingen.“ Graf Jedlig wies sodann auf die hohen Verdienste seines Vorgängers hin und begrüßte zuletzt den scheidenden Minister v. Goshler und jeden einzelnen Beamten des Ministeriums mit freundlichen Worten.

Das preussische Herrenhaus berieth in seiner heutigen Sitzung die Steuerreformgesetze in erster Lesung und verwies dieselben an eine Kommission. Graf Stolberg-Wernigerode und Durant empfahlen die Annahme der Gesetzesentwürfe in der vom Abgeordnetenhaus festgestellten Fassung. Diesem Vorschlag schloß sich der Finanzminister an, welcher die vom Grafen Mirbach und Herrn von Levetzow geäußerten Bedenken gegen die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden widerlegte. Morgen steht das Wildschabengesetz auf der Tagesordnung.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute zunächst drei auf der Tagesordnung stehende kleinere Gesetzesvorlagen an. Sodann wurde der Etat der Eisenbahnverwaltung in dritter Lesung nach wenig erheblicher Debatte unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt. Ein Antrag des Abg. Richter betreffend die dienstfreien Tage des Fahrpersonals und die Verhältnisse der Diätarien erlangte in der Fassung der Kommission die Zustimmung des Hauses. Der Etat der Bauverwaltung erhielt gleichfalls die Genehmigung mit einem Beschluß der Budgetkommission, die für den Umbau des Stettiner Schlosses geforderten 100 000 M. zu streichen. Die nächste Sitzung findet erst nach Ostern, am 7. April, statt. (Das preussische Abgeordnetenhaus tritt also an demselben Tage wie der Reichstag wieder zusammen.)

In Betreff eines von den Zeitungen erwähnten Gerüchtes, daß die Vertretung der russischen Interessen in Bulgarien demnächst von dem deutschen diplomatischen Agenten in Bulgarien auf den französischen übergehen solle, wird dem „Hamb. Korresp.“ gemeldet, daß in unterrichteten Berliner Kreisen davon nichts bekannt sei. (Ein ähnliches Gerücht ist schon früher einmal aufgetreten, und damals gleichfalls ohne thatsächliche Ursache. Die russischen Interessen in Bulgarien sind bei dem deutschen Vertreter so gut aufgehoben, daß für die russische Regierung ein Grund für Aenderung des bestehenden Verhältnisses kaum vorhanden sein dürfte.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. März. Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich ist heute in Korfu eingetroffen. — In Graz sollte heute die Wanderversammlung des Wiener „Deutschen Volksvereins“ unter dem Vorsitz des bekannten Abgeordneten Schönereger tagen; sie wurde aber behördlich geschlossen, weil unter den 500 Theilnehmern nur fünf Vereinsmitglieder waren. Schönereger kündigte schreiend an, daß er gegen das Verbot gesetzliche Mittel anwenden werde. Wenn wirklich nur der hundertste Theil der Theilnehmer aus Mitgliedern des „Volksvereins“ bestand, so war nach dem österreichischen Vereinsrecht die Schließung der Versammlung unzweifelhaft gerechtfertigt und Herrn Schönereger wird in diesem Fall auch das „Schreien“ nicht viel helfen. Im übrigen ist es bekannt, welche Art von Volk es ist, die zu der Fahne Schöneregers schwört.)

Italien.

Rom, 19. März. Der Trauerzug mit der Leiche des Prinzen Jerome Napoleon setzte sich heute Vormittag um 9 Uhr vom „Hotel de Russie“ aus in Bewegung. Seine Majestät der König geleitete entblößten Hauptes die Leiche bis zum Thore des „Hotels de Russie“ und begab sich sodann mit der Prinzessin Clotilde nach dem Quirinal, wo die Prinzessin bis zu ihrer Abreise nach Turin verbleiben wird. Den Leichenwagen schmückten acht Kränze; zwei weitere Wagen mit Kränzen folgten. Den Leichenzug führte Prinz Viktor Napoleon, zu dessen Rechten der Herzog der Abruzzen als Vertreter des Königs ging. Es folgten dann das diplomatische Corps mit Ausnahme des französischen Botschafters und des Personals der französischen Botschaft. Ferner nahmen am Zuge Theil die Minister, Vertreter der Behörden und eine große Anzahl Offiziere; Truppen der Garnison

eröffneten und schlossen den Zug. Als der letztere auf der Piazza del Popolo angekommen war, wurde der Sarg in die Parochialkirche getragen, wo die Absolution erteilt wurde. Darauf setzte sich der Zug wieder in Bewegung nach dem Bahnhof, indem er den Weg über den Corso und die Nationalstraße nahm. Gegen 1 Uhr Nachmittags traf der Zug am Bahnhof ein. — Aus Massanah geht der „Tribuna“ die Nachricht zu, der Sultan des Stammes Habab sei verhaftet worden, anscheinend weil er ein Einverständnis mit den Derwischnen unterhielt. Der italienische Unterhändler Graf Antonelli habe eine Unterredung mit dem Regus von Abyssinien, Menelik Regus, gehabt, deren Ergebnis unbekannt ist. Die „Tribuna“ gibt vorbehaltlich das Gerücht wieder, der Regus verweigere die Anerkennung des italienischen Protektorats. (Habab ist der im Norden der italienischen Kolonie im Hinterlande der italienisch-ägyptischen Grenze wohnhafte Stamm. Gerüchte über eine Weigerung Meneliks, das italienische Protektorat anzuerkennen, sind schon in der letzten Zeit des Kabinetts Crispi wiederholt und insbesondere von der damals noch oppositionellen „Tribuna“ verbreitet worden, ohne daß es bisher völlig klar geworden wäre, was an diesen Gerüchten Wahres ist.)

Frankreich.

Paris, 19. März. In der Deputiertenkammer gelangte heute die Interpellation wegen der Zustände in Tonkin zur Verhandlung. Der Interpellant, Abg. de Montfort, begründete seine Anfrage, indem er ausführte, Frankreich müsse seine Eroberung verteidigen; wenn die Regierung ihr Verfahren nicht bald ändere, werde ein neuer Feldzug notwendig werden. Der Unterstaatssekretär der Kolonien, Etienne, erkannte an, daß Kämpfe in Tonkin die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gelenkt hätten. Die Regierung habe statt der militärischen Abteilungen Civilabteilungen zur Verfolgung der Freibeuter verwendet und das Ergebnis sei gut gewesen. Ueber Schwemmen im Lande hätten die Räuber begünstigt. Zur Wiederherstellung der Ordnung habe jedoch die Absendung eines Bataillons aus Cochinchina ausgereicht. Die Regierung werde ihr Werk fortsetzen, indem sie die Truppen möglichst wenig in Anspruch nehme; das System, nach welchem der Zivilgouverneur das Oberhaupt der Kolonie bilde, werde nicht geändert werden. Der Abg. de Montfort nahm von diesen Erklärungen Kenntnis, erklärte aber, seine Befürchtung, daß man am Vorabend eines neuen Kriegszuges stehe, sei durch die Äußerungen des Ministers nicht zerstreut. — Der Deputiertenkammer sind weitere mit etwa 15 000 Unterschriften versehene Petitionen von Industriellen der Tüll- und Spitzenbranche von Calais zugegangen, in denen gegen die von der Zollkommission beschlossenen Zölle protestiert wird. Die Kammer wird, wenn sie nach Ostern an die Beratung des Zolltarifs herantritt, mit dem Vorhandensein einer mächtigen Bewegung gegen die Anträge der Kommission zu rechnen haben. — Von unterrichteter Seite wird die Behauptung einiger Blätter, die im vorigen Jahre (in der Angelegenheit des Generals Seliversoff) verurteilten russischen Nihilisten seien verschwunden und an Rußland ausgeliefert, für vollkommen unbegründet erklärt. Die Verurteilten wurden vielmehr vor einem Monat aus dem hiesigen Gefängnis in das Gefängnis in Angers übergeführt. Eine Auslieferung hat also nicht stattgefunden. — Schon bei den unerquicklichen Vorgängen während des Aufenthaltes Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich ist es aufgefallen und von französischen Blättern zum Gegenstande der Betrachtung gemacht worden, daß die „Patriotenliga“ trotz ihrer schon vor längerer Zeit erfolgten Auflösung sich noch immer als bestehender Verband geriert. Am vorigen Mittwoch hat nun im Ambigu-Theater eine förmliche Veranstaltung von Seiten der Patriotenliga stattgefunden, über die in Nr. 77 unseres Blattes berichtet wurde. Dieser Vorgang ist dem Generalprokurator doch interessant genug erschienen, um zu untersuchen, ob die Patriotenliga trotz ihrer förmlichen Auflösung noch besteht oder nicht. Dem Wolffschen Bureau berichtet man aus Paris: Die am Dienstag im Ambigu-Theater von Déroulède veranstalteten Kundgebungen gaben der Staatsanwaltschaft zu der Annahme Anlaß, daß die Patriotenliga fortbestehe. Infolge dessen sind Hausdurchsuchungen im fünfsten und dreizehnten Arrondissement vorgenommen worden. Verhaftungen sind nicht erfolgt.

Großbritannien.

London, 19. März. Die hiesigen Blätter drücken Beunruhigung über die Herstellung des Telephons zwischen Paris und London aus und meinen, dasselbe sei als ein neues Bindemittel zwischen den beiden Nationen anzusehen (s. die Notiz über die Telephonverbindung unter „Verschiedenes“). — Das Schiedsgericht über die neufundländischen Fischereistreitigkeiten wird in Brüssel tagen und schon in nächster Zeit zusammentreten. Zu der Presse äußert sich vielfach Unzufriedenheit über das Abkommen. Man macht geltend, Frankreich benütze das Uebereinkommen, das ihm die ganze Waffe, welche es in der Neufundländer Frage England gegenüber besitzt, unverfehrt in Händen läßt, um sich in das Licht einer verträglichen, friedliebenden Macht zu setzen, und die englische Regierung unterstütze die französische hierin, weil ihr daran liegen müsse, daß das Uebereinkommen als möglichst bedeutungsvoll erscheine. Sei es für sie doch angeichts der ganzen kolonialen Bewegung von großem Werth, in Australien z. die Vorstellung gefördert zu sehen, daß die Kolonien an englischen Mutterlande wirklich immer noch einen starken Rückhalt und wirkungsvollen Schutz ihrer Interessen besitzen. In Wahrheit gehe aber aus dem Uebereinkommen nur das Eine hervor, daß die englische Regierung nicht vermocht habe, die französische zu einer wirklichen, das

Wesen der Streitfrage treffenden Vereinbarung zu bewegen. Die „Times“ meinen, es sei fraglich, ob es den Bemühungen des Schiedsgerichts gelingen wird, die über 200 Jahre schwebenden Streitigkeiten aus der Welt zu schaffen, da die Sphäre seiner Entscheidungen von vornherein sehr beengt worden ist. „Die Schiedsrichter haben sich nämlich nur mit der Beratung solcher Fragen zu befassen, die sich auf den Fang und die Zubereitung von Humer beziehen. Alle anderen Fragen sind von der Beratung ausgeschlossen. Der Vertrag von Utrecht gab England den unbeschränkten Besitz von Neufundland, gewisse Handelsrechte an der „französischen Küste“ ausgenommen, die Frankreich vorbehalten blieben und, damals von keiner Bedeutung, doch den Keim zu dem endlosen internationalen Konflikt in sich trugen. Der Laune unserer Diplomaten haben wir es zu verdanken, daß diese Rechte nicht allein die Verträge des 18. Jahrhunderts überlebten, sondern auch nach dem Sturz Napoleons noch fortanerteten. Nach der französischen Auffassung des Vertrages von Utrecht ist die ständige Niederlassung britischer Unterthanen längs der Küste von Kap Ray bis Kap St. John nicht statthaft. Diese Auslegung des Vertrages wird von den Neufundländern auf das Heftigste bekämpft. Sie vertheidigen die Ansicht, daß das Frankreich im Vertrag von Utrecht zugestandene Recht des Fischfanges nicht das Recht auf Humerfang und auf das Verpacken und Versenden von Humer mit einschließe.“ Im Zusammenhang mit dem von den „Times“ gemeldeten Verhalten der Neufundländer steht eine heute vom Staatssekretär der Kolonien, Lord Knutsford, im Parlament eingebrachte Vorlage. Im Oberhaus beantragte Lord Knutsford die erste Lesung einer Bill zur Erneuerung der früheren Befugnisse der Krone, den Marineoffizieren Weisungen zugehen zu lassen, welche die Ausführung der für England bindenden Verträge sichern. Dieser Schritt sei durch die Haltung Neufundlands geboten, das die Annahme eines Schiedsgerichts in der Fischereifrage ablehnt, falls sich Frankreich nicht von der Küste zurückzieht, und auch einen modus vivendi nicht anerkennen will.

Rußland.

St. Petersburg, 19. März. Nach der „Nowoje Wremja“ und dem „Syn Diefjestwa“ ist nun auch dem „Grashdanin“ der Verkauf einzelner Nummern verboten worden. (Die Strafmaßregel gegen die „Nowoje Wremja“ erfolgte infolge gewisser Bemerkungen, die das genannte Blatt an den Prozeß wegen Ermordung einer polnischen Schauspielerin durch einen russischen Gardeoffizier geknüpft hatte. Ob die Bestrafung der beiden anderen Blätter mit demselben Vorgange in Zusammenhang steht oder aus welcher Veranlassung sie sonst erfolgt ist, läßt sich aus der vorstehend mitgetheilten Depesche nicht schließen.)

Rumänien.

Bukarest, 19. März. Der Direktor der Konsularabteilung, Papiniu, ist anstatt Lahovary's mit der Führung des Generalsekretariats des auswärtigen Amtes beauftragt worden. (Der Generalsekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, M. Em. Lahovary, hat sein Amt niedergelegt, um bei den bevorstehenden allgemeinen Neuwahlen zur rumänischen Kammer kandidieren zu können. Die rumänische Deputiertenkammer ist bekanntlich aufgelöst worden, nachdem sie dem neugebildeten Ministerium Floresco ein Mißtrauensvotum erteilt hatte.)

Türkei.

Konstantinopel, 19. März. Die seit einiger Zeit erwarteten Veränderungen im türkischen diplomatischen Corps sind heute bekannt geworden. Nothwendig wurden dieselben durch den Tod des türkischen Botschafters in Wien, Saadullah Bey, der bekanntlich infolge der Einathmung von Leuchtgas gestorben ist. Zum Nachfolger Saadullahs ist Zia Bey, der bisherige Botschafter in Rom, ernannt (also nicht, wie Wiener Blätter unlängst ankündigten, der Staatsrathspräsident Karifi Pascha). Zia Bey wird in Rom durch den bisherigen Gesandten in Athen, Mahmud-Nedim Bey, ersetzt und schließlich wurde Ghaleb Bey zum Gesandten in Athen ernannt. — In französischen Blättern war die Nachricht verbreitet, daß man in Rußland mit der Absicht der Fortsetzung, in regelmäßige Beziehungen mit bulgarischer Regierung zu treten, unzufrieden sei und deshalb in Kairo und Konstantinopel Vorbehalte betreffs der Basallenverhältnisse Egyptens zur Türfei gemacht habe. Die „Agence de Constantinople“ wird nun von zuständiger Seite erfucht, diese Nachricht als unbegründet zu bezeichnen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 20. März.

Von verschiedenen Blättern wird die Mittheilung gebracht, daß der Sommerfahrplan auf den Großherzoglichen Eisenbahnen in diesem Jahre schon am 1. Mai in Kraft treten werde. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist diese Annahme unzutreffend; der Fahrplan für den Sommerdienst wird in bisheriger Weise erst am 1. Juni zur Einführung gelangen.

(Postwertzeichen.) Die Frist für den Umtausch der in den Händen des Publikums verbliebenen, seit dem 31. Januar zur Frankung von Postsendungen nicht mehr verwendbaren Postwertzeichen älterer Art ist, wie wir hören, von dem Reichspostamt bis zum 30. Juni verlängert worden. Es können also bis dahin die gebachten Wertzeichen gegen solche neuerer Art bei allen Postanstalten eingetauscht werden.

Schm. (In der Stadtrathsitzung vom 18. ds. Mts. wurde beschlossen, für die in den Tagen vom 16. bis 25. April künftigen Jahres stattfindende Internationale Gartenbauausstellung die Ausstellungshalle, den kleinen Saal der Festhalle, den Platz zwischen eben besagten Gebäuden und

die Biese hinter der Ausstellungshalle unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Ferner soll von Seiten der Stadt ein Ehrenpreis im Werth von 500 M. gestiftet werden. — Gegen den von der Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen mitgetheilten Entwurf des Sommerfahrplanes wird bezüglich der Kurse der städtischen Bahn Karlsruhe-Maxau nichts erinnert. — Die hiesigen Steinhauerarbeiten haben in einer Eingabe an den Stadtrath das Ersuchen gerichtet, ein Octroi auf dies eingeführte fertige Steinhauerarbeiten einzuführen und bei Vergebung der Steinhauerarbeiten an städt. Neubauten nur hiesige Meister zu berücksichtigen. Das Gesuch wird abgelehnt, einmal weil die Einführung des Octroi's gesetzlich nicht zulässig sei und andererseits es unthunlich erscheint, bei Vergebung städt. Arbeiten die auswärtige Konkurrenz unbedingt auszuschließen. — Der von der Direction der Pfälzer Bahnen aufgestellte Ausgabebetrag für die Maxauer Schiffbrücke im Jahr 1891 wird berathen und gegen denselben nichts eingewendet. — Bei der am 18. Januar d. J. in der Festhalle abgehaltenen Vellfortfeier gingen an Eintrittsgeld 214 M. ein. Der getroffenen Bestimmung gemäß soll die Summe an bedürftige Invaliden hiesiger Stadt verteilt werden. Auf Vorschlag geheimer Persönlichkeiten von Seiten des Militärvereins erhalten vier Invaliden 40 M. und drei je 18 M. zugewiesen. — Infolge von Klagen wird bei dem Groß. Bezirksamt die Erlassung einer Vorschrift in Anregung gebracht, welche das Befahren der Parallellstraße zur Kaiserallee mit Kutschwagen, die in der Straße selbst nicht zu thun haben, verbietet. — Dem städt. Archiv gingen Geschenke zu: von Herrn Präsident Dr. Grimm eine alte Urkunde, von Herrn Buchbinder Tenf ein Bild (Gedenkmal). Hierfür wird Dank ausgesprochen. — Die ambulatoische Klinik wies im Monat Februar d. J. 2893 ärztliche und 761 Leistungen des Heilgehilfen auf. — Nach dem Fleischkonsum ist zu 4 995 863 kg berechnet, was bei Annahme einer Einwohnerzahl von 73 500 einen Verbrauch von 67,97 kg für den Kopf und das Jahr ergeben würde. — In die Kommission für Prüfung der Frage wegen Erbauung einer Turnhalle für die Realschule wurden von Seiten des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten die Herren Stadtverordneten Baumeister, Dr. Friedberg, Goldschmidt, Schülke und Schwindt ernannt. Von Seiten des Stadtraths wurden in diese Kommission ernannt die Herren: Stadtrath Hoffmann, Engelhardt und Esmann und Stadtverordnete Piefer und Kammer. Der Vorsitz wird Herrn Bürgermeister Schmeißer übertragen. — Nachdem der Bürgerausschuß den Betrag von 30 000 M. als Zuschuß zu den Kosten der neuen Baugewerkschule bewilligt hat, soll an das Groß. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts das Ersuchen gerichtet werden, der Stadt die Zulage zu machen, daß das alte Baugewerkschulgebäude spätestens bis zum 1. April 1892 an die Stadtgemeinde zurückgegeben werde.

(Petitionen.) Wie wir dem fünfschnten Beizeichniß der beim Reichstag eingegangenen Petitionen entnehmen, befinden sich unter den Eingaben wiederum mehrere aus dem Großherzogthum Baden eingeleitet. Die Befreiung des Impfwangs, bezw. die Aufhebung des Impfgeldes ist der Gegenstand von Eingaben des Birchts Theodor Altweiler in Wiesloch, sowie des Bürgermeisters Seitz zu Blankenloch und Genossen. Fr. Meiter zu Bruch und Genossen zu Bruch und Kanbern bitten um Ermäßigung des Einfuhrzolls auf Hafer. Vom Gemeinderath von Kirchheim wurde eine Eingabe eingeschickt betreffend die Regelung des Verkehrs mit Wein, sowie die Wahrung der Interessen des Weinbaus bei der Erneuerung der Handelsverträge. Johann Georg Gromann von Gishweiler bittet um Rechtsbeistand und schließlich wird noch von einer Anzahl Petenten aus Karlsruhe u. a. D. um Annahme der von dem internationalen Arbeiterkongreß zu Paris bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung gefassten Beschlüsse gebeten.

(Der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe) hielt am Montag Abend seine ordentliche Generalversammlung. Von beteiligter Seite geht uns über den Verlauf dieser Versammlung folgender Bericht zu: Im Redenschaftsbericht wurde ein stetiger erfreulicher Fortschritt des Vereins auch für das abgelaufene 26. Geschäftsjahr gemeldet. Die Zahl der Mitglieder hat 1890 um 336 zugenommen und betrug Ende des Jahres 2364. Seit der inzwischen erfolgten Umwandlung des Vereins in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung (Hauptsumme des Mitglieds 50 M.) ist der Zugang stärker geworden, seit 1. Januar 1891 bereits 163 Mitglieder. Der Umlauf betrug 1 338 994 M., um 180 000 M. mehr als im Vorjahre, der Reingewinn, um 19 548 M. höher als 1889, beläuft sich auf 141 608 M. Nach dem Antrag des Aufsichtsraths und des Vorstandes wurde eine Dividende von 11 Proz. bewilligt, und es kommt hiernach die Summe von 136 374 M. im ganzen an die Mitglieder zur Auszahlung. Von der sehr zahlreich besuchten Generalversammlung wurde der Verkauf des an das Geschäftstotal anstoßenden Hauses, Jägerstraße 47, mit großem Hofraum, einstimmig genehmigt und für den Kauf sowie für die Erbauung eines Backhauses mit neuen Defen, neuem Kamin zc. ein Kredit von 100 000 M. eröffnet. Bei den Verhandlungen wurde namentlich die Unterstellung zurückgewiesen, als ob die städtischen Konsumvereine steuerlich gänzlich gestellt seien als die Kaufleute. Das Verhältnis ist in der That das umgekehrte: die Konsumvereine sind den Privatgeschäften gegenüber stärker belastet, denn ihre Ergebnisse liegen voll und ganz in ihren Ziffern wahrheitsgemäß vor Augen, während eine derartige Offenlegung der Privatgeschäfte nicht stattfindet. Diese Sonderstellung des Konsumvereins kann nur zu seinen Ungunsten in steuerlicher Beziehung ausfallen. Es wurde noch hervorgehoben, daß der Zugang von Mitgliedern aus dem Kreise der Arbeiter, Handwerker und Bedienten am stärksten war: eine erfreuliche Erscheinung, denn gerade für die Wenigerbemittelten ist die Theilnahme am Verein wohlthätig und segensreich, nicht nur wegen der Erparnis im Haushalt, sondern ganz besonders wegen der Durchführung der Baarzählung. Der Verein gewöhnt an Ordnung und Gleichgewicht des Haushaltes, und geordneter Haushalt ist die Grundlage der Ordnung in der Familie und im Staate. Vor dem Gemichte der Wahrheit werden die aus interessirter oder agitatorischer Seite herrührenden Angriffe auf den Verein, wie in so vielen deutschen Städten, wirkungslos bleiben; höchstens kann es dem Verein zum Nutzen gereichen, wenn dessen segensreiche Wirksamkeit mehr bekannt wird.

(In der katholischen Stadtpfarre) fand heute Vormittag halb 11 Uhr ein Seelenamt für Adw. Windt-

hört statt. Die feierliche Handlung in der reich ausgeschmückten Kirche wurde von dem Herrn Geistlichen Lehrer Albert unter Aufsicht der Herren Kapläne Martin und Keller vollzogen. Verschiedene Abordnungen und Vereine hatten sich zum Theil mit ihren Fahnen eingefunden.

*** In der Luise-Schule** wird am nächsten Montag die Prüfung vorgenommen. Mit derselben ist eine schon morgen beginnende und noch am Prüfungstag stattfindende Ausstellung der Arbeiten verbunden, indem die während des Schuljahres angefertigten Handarbeiten und Zeichnungen am Sonntag von 11-6 Uhr und am Montag von 8-4 Uhr zur Besichtigung ausgestellt sind. Das jetzt beendete, am 1. Mai 1890 begonnene Schuljahr der Luise-Schule ist, was den Besuch der Anstalt und den in derselben herrschenden Geist anbetrifft, wiederum ein durchaus befriedigendes gewesen, wenn auch lebhafte Erkrankungen zeitweilig kleine Störungen herbeiführten. Die Verpflegung der Luise-Schülerinnen hat fortgesetzt mit derjenigen des Arbeitslehrcurses und der im Lehranstaltsgebäude der Frauennarbeitschule wohnenden Pensionärinnen gemeinsam stattgefunden. Die Zahl der Schülerinnen bei Beginn des Schuljahres betrug 68; von denselben sind während desselben 4 ausgestiegen, 10 während des Schuljahres eingetreten, so daß der jetzige Stand der Schülerinnen 74 beträgt. Die im Lauf des Jahres ausgestiegenen 4 Schülerinnen waren zum Austritt theils durch eigene Krankheit, theils durch Erkrankung der nächsten Angehörigen veranlaßt. In das zweite Schuljahr werden 22 Mädchen übertritten. Wie bemerkt, kamen einzelne leichte Erkrankungen vor. Gleichwohl kann der Gesundheitszustand der Schülerinnen im verfloffenen Schuljahr im allgemeinen als ein recht günstiger bezeichnet werden. Der von der Abtheilung I des Badischen Frauenvereins erstattete Jahresbericht über die Schule schließt mit den Worten, denen wir freudig zustimmen: „Möge Ihre Königliche Hoheit die Grotzherzogin in dem blühenden Gedeihen unserer Lehranstalten und Unternehmungen einen Trost für so manches Leid der letzten Jahre finden und möge namentlich die Luise-Schule dem Namen, den sie führen darf, stets Ehre machen und im Sinne und Geiste unserer hohen Protektorin weiter wachsend eine Pfanzstätte echter häuslicher Tugend sein und bleiben!“

√ Heibelberg, 19. März. (Stadt Nachrichten.) Der talentvolle junge erste Violonist uneres Stadtorchesters, Herr Schlemmer, erhielt den Titel eines Konzertmeisters. — Nach dem bereits mitgetheilten Voranschlag für 1891 sollen dem Theaterbau durch die Infolge der Gespische auswärtiger Gesellschaften während der Ferien zu erwartenden Einnahmen eine neue Erträgnisquelle geschaffen, das Theater während der Ferienzeit mit einem neuen Kronleuchter versehen werden. — Den hier anwesigen Fremden, namentlich Engländern, wird durch die geplante Herstellung eines Vor- und Terasse-Platzes auf dem Wilhelmplatz eine weitere Annehmlichkeit geboten.

*** Pforzheim, 19. März** (Handelstammer. — Töchterchule. — Theater.) Bezüglich der Besichtigung der Weltausstellung in Chicago hat die hiesige Handelskammer auf ein Schreiben des Groß. Ministeriums des Innern zu erwidert beschlossen, daß die hiesige Bionterienindustrie kein Interesse an jener Ausstellung habe, da die hohen Zollschranken Nordamerikas die Einfuhr von Bionterienwaren nach dort unmöglich machen. Die hiesigen Bionterienfabrikanten bieten es unter den jetzigen Zeitverhältnissen überhaupt nicht für oportun, sich vereinzelt an irgend welcher Ausstellung zu beteiligen; sie setzen vielmehr große Hoffnungen auf die für die nächsten Jahre in Berlin geplante Weltausstellung, auf der sie in geladener Reihe und nach gründlicher Vorbereitung auszustellen gedenken. — Die hiesige höhere Töchterchule, an welcher in den letzten Tagen die Prüfungen vorgenommen wurden, zählte nach dem ausgearbeiteten Jahresbericht in dem abgelaufenen Schuljahr 320 Schülerinnen. Die Anstalt hat 6 Klassen, wovon die 5 ersten zwei Parallelabtheilungen haben. Das Lehrpersonal besteht aus 7 ordentlichen Lehrern und Lehrerinnen, wozu noch 5 Religionslehrer und 1 Leselehrerin kommen. Bezüglich der Leistungen der Anstalt soll hier nur der während der Prüfungstagen ausgefallenen Zeichen- und weiblichen Handarbeiten erwähnt werden. Diese müßten als ganz vorzüglich bezeichnet werden. Das Zeichnen erstreckt sich von den ersten Uebungen und ornamentalen Formen bis zum Zeichnen nach der Natur, Kolorieren und Holzschnitt. Ebenso methodisch wurde bei den weiblichen Handarbeiten verfahren, welche mit Stricken, Nähen, Flecken und Stopfen beginnen und sich bis zu den feinsten Weiß- und Buntdruckereien, Häfel- und Holzarbeiten ausdehnen. Dabei wurde überall auf eine praktische Verwendung Bedacht genommen. — Die Aufführungen der hiesigen, unter der Führung des Herrn Direktor Kerckbaum stehenden Theatergesellschaft finden die Anerkennung des Publikums, zumal dieselbe auch schwieriger Stücke gut zur Darstellung bringt.

+ Lahr, 18. März. (Höhere Töchterchule.) Die hiesige höhere Töchterchule war laut Jahresbericht im verfloffenen Schuljahr von 137 Schülerinnen besetzt, die sich auf 8 Klassen vertheilen. An der Anstalt wirkten: 1 Hauptlehrer, 2 Hauptlehrerinnen, 3 Unterlehrerinnen, 1 Arbeitslehrerin und verschiedene Nebenlehrer. Mit der Leitung ist Herr Kreisrath Bauer betraut. Das Schuljahr schließt mit einer öffentlichen Feier, welche am nächsten Samstag Nachmittag in der Aula des Volksschulgebäudes abgehalten wird.

Freiburg, 19. März. (Konzert.) Vor einem gewählten Publikum trat, wie schon von anderer Seite kurz gemeldet, am letzten Montag der Groß. Kammerfänger Herr Josef Staudigl im Verein mit Herrn Eduard Reuß aus Karlsruhe im großen Museumsaal vor das hiesige Publikum, und zwar mit einem sehr bedeutenden Erfolge. Die Stimme des Sängers hat nichts von ihrem früheren Klangzauber eingebüßt; der Vortrag ist befeuert und zeigt eine hohe künstlerische Vollendung. Seit langer Zeit haben wir keinen so vortrefflichen Vortrag einer Händel'schen Arie gehört, deren schwierige Koloratur und Trillerketten mit einer höchst seltenen Leichtigkeit und Rundung ausgeführt wurden. Die Händel'sche Ballade, die Schubert'schen Lieder Alinde, Nacht Träume, Krieger's Ahnung u. d. h. dürften in dieser Vollendung schwerlich zu überreffen sein; es waren Genüsse der edelsten Art. Herr Reuß, der die Begleitung in vorzüglicher Weise ausführte, zeigte sich in Beethoven's C-moll-Sonate op. 111, Liszt's Rapsodie, Chopin's As-dur-Polonaise u. c. nicht minder als vorzüglicher, feinführender Pianist, der, bewaffnet mit dem ganzen Rüstzeug des Virtuosen, dennoch die Technik stets im Dienst der musikalischen Idee zu verwerthen bemüht ist. Klarheit, große Sicherheit und Vornehmheit des Ausdrucks zeichnen ihn vor vielen Spielern auf das Vortheilhafteste aus; das Publikum lohnte mit lebhaftem Beifall und Hervorruf.

Verstärkendes.

W. Berlin, 19. März. (Die Explosion auf der „Dibernia“.) Der „Reichsanzeiger“ macht das Ergebnis der

amtlichen Untersuchung über die Explosion auf der Beche „Dibernia“ bekannt. Darnach wurde die Explosion durch einen Sauer herbeigeführt, der entgegen dem bestehenden Gebot und trotz der Warnungen der Kameraden selbständig einen Sprengschuß weg that. Der bedauerliche Umfang der Explosion beweist, daß die getroffenen Einrichtungen noch immer nicht ausreichen, um im Falle einer Uebertretung der bestehenden Vorschriften größeres Unglück abzuwenden. Die königliche Bergbehörde hat daher Maßregeln in Erwägung genommen, durch welche bei künftigen Fällen der Fahrlässigkeit eines Arbeiters die Gefahr der Explosion möglichst beseitigt werden kann.

A. H. Paris, 18. März. (Die telephonische Verbindung) zwischen Paris und London wurde durch den französischen Handelsminister Roche nebst seiner Gemahlin und dem englischen Botschafter Lytton in aller Form eröffnet. Die Genannten waren im Hauptpostamt in Paris anwesend und unterhielten sich mit dem Generalpostmeister Raites Beom in London. (Zu der Vorgeschichte des Telephonabells zwischen Paris und London ist zu berichten, daß im Jahre 1889 das Unternehmen begonnen und am letzten Samstag Abend der letzte Theil der Arbeiten, die Landung des Kabels an der englischen Küste in St. Margarets Bai, beendet wurde. Das unterseeische Kabel erstreckt sich über eine Entfernung von 18 Seemeilen, während die Entfernung zwischen Paris und London überhaupt etwa 280 Meilen beträgt. Die amtliche Eröffnung der Linie wird erst im April erfolgen, da zuvor das Telephonkabel noch einmal in seiner ganzen Länge einer gründlichen Untersuchung unterzogen werden soll.)

A. H. Paris, 19. März. (Große Ueberschwemmungen) werden aus dem Süden Frankreichs gemeldet. Bei Montluel (Dep. Ain, Arr. Trévoux) verursachte die Sevrane, indem sie die Eisenbahn überschwemmte, große Schäden. Die Rhône, deren Nebenflüsse hart angeschwollen sind, ist um 3 Meter gestiegen. (Wir berichteten schon vorgersten, daß am Dienstag in ganz Südfrankreich große Urwetter egerfäßt haben und daß man Ueberschwemmungen infolge derselben befürchte. Diese Befürchtung ist also leider eingetroffen.)

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 20. März. Der „Reichsanzeiger“ gibt bekannt, daß Seine Majestät der Kaiser den Inhabern beider Feldprobsteien der preussischen Armee, also dem evangelischen Feldprobst D. Richter und dem katholischen Feldprobst D. Pfmann, den Rang von Räten 1. Klasse verliehen hat.

Berlin, 20. März. Das in New-York erscheinende Blatt „Mail and Express“ meldet, Präsident Harrison hätte beschloffen, gegen das deutsche Verbot der Einfuhr gefalgene amerikanischen Schweinefleisches summarische Maßregeln zu ergreifen, und hätte den amerikanischen Gesandten in Berlin durch den Staatssekretär Blaine aufgefordert, die Aufhebung des Verbots zu verlangen; eventuell würde Harrison von dem ihm durch den Kongreß eingeräumten Rechte, alle amerikanischen Häfen der deutschen Einfuhr zu verschließen, Gebrauch machen. So weit hier bekannt ist, sind alle Einzelheiten dieser Meldung falsch. (Die falsche Meldung ist wahrscheinlich durch die amerikanischen Sekretärs für Landwirtschaft, Rüst, hervorgerufen worden. Rüst hat einer zu ihm gekommenen Deputation geantwortet, daß kürzlich vom Kongreß angenommene Gesetz garantire die sorgfältigste Untersuchung des zu exportirenden Fleisches und der Zeitpunkt sei jetzt gekommen, in welchem das deutsche Verbot der Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches aufhören müsse. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern hat dagegen in der Reichstags-Sitzung vom vorigen Freitag betont, daß die notwendigen Garantien gegen die Einfuhr gesundheitswidrigen Schweinefleisches aus Amerika nicht in genügendem Maße vorhanden seien.)

Paris, 20. März. Wie hiesige Blätter mittheilen, hängen die von der Polizei in der vergangenen Nacht vorge-

nommenen Hausfuchungen damit zusammen, daß die Patriotenliga bei dem morgen in Montmartre zu Ehren Ferry's stattfindenden Bankett Demonstrationen beabsichtigte. Die Polizei beschlagnahmte bei den Hausfuchungen aufreizende, an alle Revolutionäre gerichtete Plakate. (Darnach ist die Meldung, daß die Kundgebungen im Ambigu-Theater das Einschreiten der Staatsanwaltschaft veranlaßt hätten, zu berichtigen. Die Versammlung, welche die Mitglieder der Patriotenliga sprengen wollten, ist die morgen unter dem Vorsitz Jules Ferry's tagende Jahresversammlung der Association republicaine. Durch die beschlagnahmten Aufzuse scheint der revolutionäre Charakter der Patriotenliga jetzt formell festgestellt zu sein.)

Washington, 20. März. Galford, der Geheimsekretär des Präsidenten Harrison, erklärte, er wisse nichts über eine angebliche Depesche an den Gesandten Phelps bezüglich der gegen Deutschland zu richtenden Maßregeln in der Frage der Schweinefleisch-Ausfuhr nach Deutschland. Auch der Staatssekretär Blaine erklärt, es sei ihm nichts davon bekannt, daß Harrison die ihm von der Zeitung „Mail and Express“ zugeschriebenen Absichten habe. (Ueber den in Rede stehenden Gegenstand vergleiche die Depesche aus Berlin.)

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 13. März. Eise, B.: Fra. Ant. Kaffner, Lokomotivführer. — 14. März. Friedrich Maria, B.: Joh. Christ. Hörmann, Tagelöhner. — Maria Elisabeth, B.: Julius Kühner, Brauemeister. — 15. März. Ludwig Friedrich Marzell, B.: Ludwig Geißendörfer, Lithograph. — 17. März. Friedrich Wilhelm, B.: Karl Müller, Wagenwärtergehilfe. — Hedwig Frieda, B.: Friedr. Siebach, Schlosser. — 18. März. Franz Josef, B.: Anton Reinhard, Schuhmacher. — Josef, B.: Andreas Hügler, Händler. — Wilhelm Otto, B.: Jakob Brecht, Schützenknecht. — 19. März. Anna, B.: Markus Doll, Fuhrmann. — **Eheaufgebote.** 18. März. Georg Grote von Jauer, Schlosser hier, mit Anna Seifried von Bühl. — 19. März. Peter Gramlich von Oberwittstadt, Schuhmacher hier, mit Emma Gräbel von Oberwittstadt. — Paul Schütle von Heilbronn, Hausdiener hier, mit Juliane Konnenmacher von Königsbach. — Michael Vint von Wallerstein, Buchbinder hier, mit Rosalie Reichert von Brach. — Benjamin Jäger von Helmheim, Bäcker hier, mit Friederike Nagel von Teufelsneureuth. — Gottlieb Hausmann von Dachsenbach, Bäcker hier, mit Magdalena Schmidt von Grödingen. — Peter Gramlich von Oberwittstadt, Schuhmacher hier, mit Emma Gräbel von Oberwittstadt. — 20. März. Johannes Sauer von Heiligkreuzsteinach, Schneider hier, mit Elisabeth gen. Eva Hoffmann von Hohenheim. — Friedrich Prehn von Kalerbed, Sergeant in Straßburg, mit Marie Aufsch von hier. — **Todesfälle.** 18. März. Leonhard Laich, Gsem., Wirt, 45 J. — Karl, 1 J. 16 T., B.: Gustav Großmann, Eisenarbeiter. — Eva, Ehefrau von Versicherungsinspektor Camill Sindel, 41 J. — 19. März. Magdalena, Wwe. v. Metzger Johann Müller, 66 J. — August, 1 J. 3 M. 27 T., B.: Ludwig Wörner, Fabrikarbeiter. — Margarethe, Wwe. von Assistent Louis Graf, 66 J. — Theodor Kern, Wwr., Stadtbauer a. D., 62 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

März.	Barom.	Therm.	Wind.	Relat. Feucht.	Wind.	Witterung.
19. März 9 U.	744.9	+ 1.8	4.7	90	WB	Klar
20. März 7 U. 1)	747.9	0.0	3.9	85	SB	sehr wolkig
20. März 2 U.	744.7	+ 4.6	3.2	50	—	—

1) Neif. Regen und Schnee 9,1 mm der letzten 24 Stunden. Wasserstand des Rheins. Wagan, 20. März, Meas., 3 16 m.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Gerdner in Karlsruhe.

Institut Zahn, Karlsruhe, Victoria-Strasse 3. Anstalt für Gesundheits- und orthopädische Gymnastik. Näheres besagt der Prospekt.

Wir verweisen ganz speziell auf das Knabenpensionat von S. Barmann in Dürkheim a. D. (siehe heutige Annonce).

Wetterkarte vom 20. März, Morgens 8 Uhr.



Karlsruher telegraphische Kursberichte vom 20. März 1891.

Staatspapiere.		Bausparien.	
3% D. Reichsanf.	86.50	Ränderbank	192.60
4% D. Reichsanf.	106.30	Schw. Nordostb.	143.50
4% Preuss. kon.	106.80	Baden in H.	101.80
4% Baden in H.	101.80	Kombarden	107 1/2
4% in W.	103.96	Galizier	—
4% Oesterr. Goldrente	97.90	Elbthal	200 1/2
Silber.	81.50	Hess. Ludwigsb.	116.40
4% Ungar. Goldr.	93. —	Gotthard	154. —
1880r. Russen	99.20	Wechsel und Sorten	—
H. Orientanleihe	76.40	Wechsel a. Amst.	168.77
Italiener compt.	94.40	London	20.35
Extrakt	98.30	Paris	80.75
Spanier	76.90	Wien	176.25
Holl.-Türken	93.30	Napoleon'sd'or	16.17
5% Serben	92.10	Privatdiskonto	2 1/2
Kreditaktien	273. —	Bad. Zudenfabrik	83.90
Disk.-Kommandit	205.10	Kreditaktien	273. —
Basler Bankver.	162.60	Diskonto-Kom.	205. —
Darmstädter Bank	149.70	Staatsbahn	216. —
Handelsgesellsch.	153.70	Lombarden	107 1/4
Deutsche Bank	159.90	Tendenz; still.	—
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	175.70	Kreditaktien	311.50
Staatsbahn	108.20	Martnoten	56.75
Kombarden	54.60	Ungarn	105.60
Disk.-Kommand.	209. —	Staatsbahn	245.50
Marienburger	68. —	Tendenz; fest.	—
Dortmunder	71.60	Paris.	—
Laurahütte	126.50	3% Rente	96.02
Tendenz; —	—	Spanier	77 1/2
—	—	Türken	19.12
—	—	Ottomane	627. —

Uebersicht der Witterung. Die gestern erwähnte Depression ist nordwärts bis zu den russischen Ostseeprovinzen weiter gezogen und gleichzeitig hat sich von dem noch im Nordwesten lagernden barometrischen Maximum eine Zunge hohen Druckes über Frankreich nach in das Festland herein geschoben; doch ist hier das Wetter unabhängig, stellenweise zu Schneefällen geneigt und in Folge nördlicher Luftzufuhr kalt. Die Morgenstemperaturen lagen vielfach unter dem Gefrierpunkt. Ein Minimum ist über der Nordsee zu erkennen; das rasche Fallen des Barometers deutet darauf hin, daß sich weiteres Wetter vorerst anhalten wird voraussichtlich das unbedingte kalte Wetter vorerst anhalten.

Table of exchange rates and market prices for various goods and currencies, including gold, silver, and various bank notes.

Donaueschinger Pferde- und Zohlenmarkt am 1. April 1891.

Ausfahrprämien je Mk. 100 für Händler oder Private, welche mindestens 10 Stück Zohlen auf dem Markt ankaufen und aus dem Bezirke ausführen.

Große Verloosung von Pferden, Reit- und Fahr-Requisiten. Ziehung am 3. April 1891.

Preis des Looses 2 Mark oder 2 1/2 Franken. Gewinne:

- 1 Paar Pferde, Werth ca. 2000 Mk., 1 Paar Pferde, Werth ca. 1800 Mk., 1 Pferd, Werth ca. 1000 Mk., 65 Reit- und Wagenpferde und Zohlen, 2 zweispännige Wagen, 2 platzierte Chaisengeschirre, 1 Fuhrgeschirre, Spannaug, 4 einpänn. lackirte Chaisengeschirre mit Kammdackel, 6 einpänn. lackirte Chaisengeschirre ohne Kammdackel, 1 Stangenzeug, 20 Pferdedecken.

114 Gewinne im Gesamtwerthe von 42,000 Mark.

Es werden 30,000 Loose auszugeben. Loose zu 2 Mark und 11 Loose zu 20 Mark sind bei dem Kassier Georg Nittke dahier zu beziehen. Donaueschingen, im Januar 1891.

Der Gemeinderath. Ferner sind Loose à 2 Mark zu haben bei: W. H. Gind's Nachf. Eugen Dohlemann, Karlsruhe, Carl Wegener, Groß. Postf., Karlsruhe, Sch. Knauth jr., Karlsruhe, H. Seyfried, Karlsruhe, Lud. Lüder (Inhab. Max Sopp) Waldstraße, Karlsruhe, Eng. Hell, Karl-Friedrichstraße 6, Karlsruhe, Julius Köffel, Durlach, und Julius Köffel Witwe, Durlach.

Die Gewerbe- und Handelsschule (6-Klassig) von S. Bärmann in Dürkheim a. S. eröffnet das Sommersemester am 7. April c. Neueste gesunde Lage, allseitige Einrichtung und Unterrichtsresultate. Seit 15 Jahren bestehen fast alle Candidaten das Einjährig-Freiwillige-Examen in Preisen. Pensionspreis 720 Mk. p. a. Prospekte auf Verlangen. S. 558.2.

Mussinifarben. Unsere Mussinifarben finden von dem berühmten Meister Professor Franz von Lenbach folgende Beurtheilung: „Bezeuge Ihnen hiermit, daß ich bis jetzt nur Vortheile vor den gewöhnlichen Oelfarben gefunden habe.“ H. Schmincke & Co., Düsseldorf, Fabrik von Künstler-Oel- u. Aquarellfarben, sowie Mal-Mensilien. Niederlage bei: C. Bodenmüller, Karlsruhe, Kaiserstraße 158. Broschüre gratis.

Öffentliche Aufforderung. Die Vereinigung der Grund- und Pfandbücher der Gemeinde Bertangen betr. Alle diejenigen Gläubiger und deren Rechtsnachfolger, zu deren Gunsten sich Einträge in den hiesigen Grund- und Pfandbüchern seit länger als dreißig Jahren, vom 13. Dezember 1890 an rückwärts gerechnet, eingeschrieben finden, werden hiermit aufgefordert, die Einträge, wenn sie noch Gültigkeit haben, erneuern zu lassen, widrigenfalls werden die innerhalb sechs Monaten nicht erneuerten Einträge auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1890, Reg. Bl. Nr. 20, und 28. Januar 1874 (Ges. u. V. Bl. Nr. 5, gedruckt werden. Ein Verzeichnis der in hiesigen Grund- und Pfandbüchern seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge liegt zur Einsicht in hiesigem Rathsaule offen. Bertangen, den 19. März 1891. Das Pfandgericht. Der Vereinigungskommissär: Sagenbucher, Bürgermeister. Stahl, Rathschreiber.

Anstalt für Arbeitsnachweis je aller Art in Karlsruhe.

Kreuzstraße Nr. 17 (Parterre) gegründet von 12 hiesigen Vereinen mit behörl. Unterstützung.

Stellen finden: Küfer, Schneider, Feuerschmiede, Jungschmied, Lackierer, Wagner, Dienstmädchen für Küche und Hausarbeit, Köchinnen, Spilmädchen für Hotels, Blechschreier, Wagnerlehrling, Kellnerlehrling, Kaufmannslehrling, Metalldreherlehrling.

Stellen suchen: Goldarbeiter, Blechler, Schlosser, Zeichner, Metzger, Sattler, Schuhmacher, Bautechniker, Schreiber, Fabrikarbeiter, Anständer, Tagelöhner, Hausburschen, Geschäftsreisender, Portier, Bureauanwärter.

Offene Stelle. Für den Neubau einer größeren evangelischen Kirche wird auf 1. April ein tüchtiger Bauführer gesucht.

Ein geb. Franke wünscht Aufnahme in eine Familie zur Stütze der Hausfrau oder auch als Erziehlerin zu dienen. Gest. Offerten belieben man unter Chiffre A. Z. 800 an die Exp. d. Bl. zu richten.

Bauzeichner wird für diesen Sommer nach einer Anstalt des bad. Oberlandes gesucht. Eintritt sofort. Offerten unter L. K. an die Exp. d. Bl. erbeten. S. 770.2.

Koch- & Kellner-Lehrlinge zu sofortigem Eintritt gesucht. Off. befördern unter 6039 Haagenstein & Vogler A.G. Stuttgart.

Wirgerliche Rechtspflege. R. 796.1. Nr. 8046. Freiburg i. S. Der Tobias Kippmann zu Freiburg, vertreten durch die Anwälte Maxer u. Sinner hier, klagt gegen Peter Rad, Bäcker zu Freiburg, a. St. an unbekanntem Orten, aus Kauf eines am 19. Juni v. J. gelieferten Anzuges mit dem Antrage auf Verurtheilung des Beklagten zur Zahlung des Kaufpreises von 70 Mark, nebst 6 % Zinsen vom 19. Juni 1890 und label den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Groß. Amtsgericht zu Freiburg auf Samstag den 2. Mai 1891, Vormittags 11 Uhr.

Gerichtsschreiber Groß. Amtsgerichts. R. 797.1. Nr. 5096. Mannheim. Die Firma Gebrüder Weil zu Ludwigshafen a. Rh., vertreten durch Rechtsanwält Dr. Koeb, klagt gegen den Reklenden der Firma Staudt & Stern in Mannheim, Ernst Feibl, zur Zeit an unbekanntem Orten, aus dem Vertrag der Streittheile vom 1. April 1888 mit dem Antrage auf Verurtheilung des Beklagten: 1. sich jeder Thätigkeit in einem Gewürz-, Darm- und Fleischergeschäft bis zum 22. April 1895 zu enthalten, 2. eine Conventionalstrafe von 5000 Mark nebst 6 % Zins vom Klageaufstellungstage an die Klägerin zu bezahlen.

Gerichtsschreiber Groß. Amtsgerichts. R. 798.1. Nr. 10466. Forzheim. Ueber das Vermögen des Kunstmüllers Friedrich Bäger in Forzheim wird heute am 18. März 1891, Vormittags 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Geschäftsführer Adolf Daberstroß hier zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 9. April 1891 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag den 17. April 1891, Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte - Zimmer Nr. 4 - Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Weis haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeindeführer zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 13. April 1891 Anzeige zu machen. Forzheim, den 18. März 1891. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Sigmund.

und label den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Kammer für Handelsfachen des Groß. Landgerichts zu Mannheim auf Freitag den 8. Mai 1891, Vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zweck der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. Mannheim, den 17. März 1891. Schneider, Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts. Konkursverfahren.

R. 795. Nr. 10466. Forzheim. Ueber das Vermögen des Kunstmüllers Friedrich Bäger in Forzheim wird heute am 18. März 1891, Vormittags 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Geschäftsführer Adolf Daberstroß hier zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 9. April 1891 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag den 17. April 1891, Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte - Zimmer Nr. 4 - Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Weis haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeindeführer zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 13. April 1891 Anzeige zu machen. Forzheim, den 18. März 1891. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Sigmund.

R. 799. Waldshut. Den Konkurs gegen Konrad Käufer, Maurer in Dogern, betr. Es wird hiermit zur Kenntniß gebracht, daß die Verteilung obiger Konkursmasse demnach stattfindet. Der verfügbare Massebestand beträgt 1470 Mark 65 Pf. Die bevorrechtigten Forderungen betragen 89 Mark 50 Pf. und die nicht bevorrechtigten betragen bis jetzt 2119 Mark 4 Pf. Ingleich werden diejenigen Gläubiger, welche abgeforderte Befriedigung begehr haben, sowie jene, deren Forderungen nicht festgestellt sind, darauf aufmerksam gemacht, daß solche bei der Verteilung nur dann berücksichtigt werden, wenn sie dem Konkursverwalter binnen einer Frist von zwei Wochen vor legt an den in § 14041 der Konk. Ord. vorgeschriebenen Nachweis geliefert haben. Waldshut, 19. März 1891. Der Konkursverwalter: Th. Bornhauser.

R. 801.1. Nr. 861. Freiburg. Die Groß. Bezirksbauinspektion Freiburg i. S. sucht zur Besetzung ihrer ständigen Gehilfenstelle einen gutgeschulten, im Zeichen tüchtigen Architekten. Bewerber wollen sich unter Aufsicht von Zeugnissen über theoretische Ausbildung und bisherige praktische Thätigkeit, sowie unter Angabe ihres Lebensalters und ihrer Gehaltsansprüche innerhalb 10 Tagen anerkündigen. Eintritt so bald als möglich. Freiburg, den 18. März 1891. Groß. Bezirksbauinspektion. v. Stengel.

Stammholzverfeigerung. R. 803.1. Nr. 196. Die Groß. Bezirksforstei Wolfach bezieht Dienstag den 31. März, Vormittags 11 Uhr, im Rathsaule zu Rippoldsau aus den Domänenwäldern bei Rippoldsau: Tannen- und Fichtenstämme: 94 I. Klasse, 78 II., 112 III., 1088 IV. und 1785 V. Klasse; Tannenstämme: 94 I. Klasse, 60 schabhafte. Der Domänenwaldhüter Schmid zu Rippoldsau zeigt die Holzger auf Verlangen vor. R. 807. Heidelberg. Die Auffstellung des Lagerbuchs der Gemerkung Altnendorf betr. Alle Eigentümer von Eigenschaften in der Gemerkung Altnendorf, zu deren Gunsten Grundbuchsbarkeiten bestehen, werden hiermit aufgefordert, diese Dienstbarkeiten dem am Dienstag dem 24. März auf dem Rathssaule in Altnendorf anwesenden Lagerbuchsbeamten unter Aufsicht der bezüglichen Rechtsurkunden zu bezeichnen. Heidelberg, den 18. März 1891.reiber, Bezirksgeometer.

Waldshut über die der Anlage zu Grunde liegenden Thatsachen ausgestellten Erklärungen verurteilt werden. Freiburg, den 12. März 1891. Groß. Staatsanwaltschaft. (gez.) Gagenr. Zur Beglaubigung. Der Erste Kanzleibeamte: Hansperger.

R. 767.2. Meßkirch. Schmid Otto Fröhlich, 27 Jahre alt, von Meßkirch und zuletzt mehrgahnt dabei, wird beschuldigt, als Erbschaftsbesitzer auszuwandern zu sein, ohne eine Erlaubnis hierzu eingeholt und ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Willkührbehörde Anzeige erlassen zu haben. Uebertretung gegen § 360³ St. G. B. Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hieselbst auf Donnerstag den 21. Mai 1891, Vormittags 9 Uhr, vor das Gr. Schöffengericht Meßkirch zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königlichen Bezirkskommando Stockach ausgestellten Erklärung verurteilt werden. Meßkirch, den 16. März 1891. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Bender.

R. 763.2. Nr. 1600. Eberbach. Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Es sollen nachbezeichnete Bauarbeiten vergeben werden: 1. die Herstellung einer Stahlmauer mit Böschungsbefestigung bei Station Winau, veranschlagt zu 6200 Mark; 2. der Umbau einer Stahlmauer bei Station Neckarzimmer, veranschlagt zu 1275 Mark. Für die Bewerbung und Vergabe wird die Vorschriften für das staatliche Vergabewesen maßgebend. Schriftliche Angebote durch Angabe von Einzelpreisen wollen verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 4. April d. J., Vormittags 11 Uhr, auf dem diesseitigen Geschäftszimmer eingereicht werden, woselbst inzwischen Pläne, Bedingungen und Vergabungsanträge eingesehen werden können. Für den Zuschlag wird eine Frist von 3 Wochen vorbehalten. Eberbach, den 17. März 1891. Groß. Bahnbauinspektion.

R. 801.1. Nr. 861. Freiburg. Die Groß. Bezirksbauinspektion Freiburg i. S. sucht zur Besetzung ihrer ständigen Gehilfenstelle einen gutgeschulten, im Zeichen tüchtigen Architekten. Bewerber wollen sich unter Aufsicht von Zeugnissen über theoretische Ausbildung und bisherige praktische Thätigkeit, sowie unter Angabe ihres Lebensalters und ihrer Gehaltsansprüche innerhalb 10 Tagen anerkündigen. Eintritt so bald als möglich. Freiburg, den 18. März 1891. Groß. Bezirksbauinspektion. v. Stengel.

Stammholzverfeigerung. R. 803.1. Nr. 196. Die Groß. Bezirksforstei Wolfach bezieht Dienstag den 31. März, Vormittags 11 Uhr, im Rathsaule zu Rippoldsau aus den Domänenwäldern bei Rippoldsau: Tannen- und Fichtenstämme: 94 I. Klasse, 78 II., 112 III., 1088 IV. und 1785 V. Klasse; Tannenstämme: 94 I. Klasse, 60 schabhafte. Der Domänenwaldhüter Schmid zu Rippoldsau zeigt die Holzger auf Verlangen vor. R. 807. Heidelberg. Die Auffstellung des Lagerbuchs der Gemerkung Altnendorf betr. Alle Eigentümer von Eigenschaften in der Gemerkung Altnendorf, zu deren Gunsten Grundbuchsbarkeiten bestehen, werden hiermit aufgefordert, diese Dienstbarkeiten dem am Dienstag dem 24. März auf dem Rathssaule in Altnendorf anwesenden Lagerbuchsbeamten unter Aufsicht der bezüglichen Rechtsurkunden zu bezeichnen. Heidelberg, den 18. März 1891.reiber, Bezirksgeometer.

R. 807. Heidelberg. Die Auffstellung des Lagerbuchs der Gemerkung Altnendorf betr. Alle Eigentümer von Eigenschaften in der Gemerkung Altnendorf, zu deren Gunsten Grundbuchsbarkeiten bestehen, werden hiermit aufgefordert, diese Dienstbarkeiten dem am Dienstag dem 24. März auf dem Rathssaule in Altnendorf anwesenden Lagerbuchsbeamten unter Aufsicht der bezüglichen Rechtsurkunden zu bezeichnen. Heidelberg, den 18. März 1891.reiber, Bezirksgeometer.